

Resolution des Gemeinderats gegen einen geplanten Naziaufmarsch in Ettlingen

Beschluss: (einstimmig)

Der Ettlinger Gemeinderat lehnt die geplanten Naziaufmärsche in Ettlingen ab.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen zeigt sich über die geplanten Aufmärsche rechtsextremer Kräfte in Ettlingen entsetzt und stellt daher folgende Resolution:

„Mit ihren Parolen, Aktionen und Gewalttaten stellen sich diese Neonazis außerhalb unserer demokratischen Gesellschaft und ihrer Grundwerte. Was sie fordern und tun, ist mit demokratischer Kultur nicht vereinbar. Sie dürfen in Ettlingen und anderswo kein Gehör finden und sind unerwünscht.

Gemeinsam mit den Ettlinger Bürgerinnen und Bürgern wollen wir ein deutliches Signal setzen, dass wir solche rückwärts gewandten, engstirnigen und rassistischen Tendenzen weder unterstützen noch tolerieren. Unser Ziel ist ein weltoffenes und tolerantes Ettlingen, in dem alle Menschen, die sich zu unseren demokratischen Grundwerten bekennen, unabhängig von der Nationalität, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, sexueller Identität oder Religion eine Zukunft geboten bekommen.

Wir bekennen uns zu einem Zusammenleben nach demokratischen Spielregeln und verurteilen jegliche Gewaltanwendung. Unser Ettlingen darf nicht zum Aufmarschgebiet von Extremisten werden.

Wir erklären gemeinsam, dass Aufmärsche von Neonazis und anderen extremen Kräften in unserer Stadt unerwünscht sind! Extremistisches Gedankengut ist nicht mit unserem demokratischen Grundverständnis vereinbar. Es hat in unserer Stadt nichts verloren!

Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern von Ettlingen unterstützen wir alle friedlichen Aktivitäten, die sich dagegen richten, dass unsere Stadt zum Aufmarschgebiet rassistischer Hetze wird. Wir werden den Extremisten und ihren rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Parolen entgegentreten – denn Wegschauen ist für uns keine Lösung!“

- - -

Nach dem erfolgreichen Verbot eines Aufmarsches mit rechtsextremem Hintergrund am 02.12.2006, wurden erneut Demonstrationen aus der rechten Szene für Dezember 2007 angemeldet. Neben der rechtlichen Bewertung dieser Demonstrationsanmeldungen ist es der Stadt Ettlingen wichtig, ein offenes Zeichen der demokratischen politischen Kräfte gegen die geplanten Aufmärsche zu setzen.

Bereits im Jahr 2006 bekräftigten die Fraktionen und Gruppierungen des Ettlinger Gemeinderates ihren gemeinsamen Willen für ein weltoffenes und tolerantes Ettlingen.

Nun wollen Neonazis erneut in unsere Stadt aufmarschieren. Aus diesem Grund erneuert der Gemeinderat in einer Resolution seine Forderungen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit.

- - -

Oberbürgermeisterin Büsse-maker berichtet, dass die Resolution ähnlich wie im letzten Jahr formuliert sei und ihrer Meinung nach der Gemeinderat ein Zeichen setzen sollte.

Stadtrat Foss erläutert, dass er den Vorschlag unterstütze. Er berichtet, dass es im letzten Jahr erfreulicherweise gelungen sei, den Aufmarsch abzuwehren und die CDU-Fraktion es als Provokation empfinde, dass diese Aufmärsche in diesem Jahr wieder in Ettlingen stattfinden sollen. Er betont, dass seine Fraktion diesen Aktivitäten mit ausdrücklichen Worten und Taten entgegentrete und daher der Resolution zustimme.

Stadtrat Deckers betont, dass die FE-Fraktion die Resolution in vollem Umfang unterstütze. Er erläutert, dass seine Fraktion gegen die Menschen sei, bei denen Gewaltneigung bzw. Gewaltnähe und extremistische Positionen zu einer gefährlichen Mischung zusammen kommen.

Stadtrat Lorch vertritt die Auffassung, dass die Gegendemonstration im letzten Jahr gut und erfolgreich durchgeführt worden sei. Er bedauert, dass die Resolution im letzten Jahr nicht zustande gekommen sei, jedoch eine machtvolle Gegendemonstration durchgeführt werden konnte. Seiner Meinung nach müsse eine wehrhafte Demokratie eine dauerhafte Aufgabe sein. Er berichtet, dass er am 03.10.2007 diesen Jahres folgendes Zitat von Weizäcker vorgetragen habe: „Freiheit ohne Zumutungen gibt es nicht“. Er fügt hinzu, dass die Ankündigung eine große Zumutung sei. Er führt weiter aus, dass am 09.11.2007 zum 69. Mal der Reichspogromnacht gedacht werde und dies die brutale Umsetzung von dem sei, was in einigen Köpfen wieder vorhanden wäre. Er stimmt für die SPD-Fraktion der Resolution zu.

Stadträtin Saebel erläutert, dass es wünschenswert sei, dass aus den Erfahrungen gelernt werde und stimmt der Resolution zu.

Stadträtin Lumpp begrüßt die Verabschiedung dieser Resolution und betont, dass man im letzten Jahr hart um den Text gerungen habe.

Stadtrat Dr. Böhne bedauert, dass die Verabschiedung einer solchen Resolution überhaupt notwendig sei und vertritt die Auffassung, dass der Gemeinderat sich wehren müsse, damit es nicht den Anschein erwecke, dass Ettlingen eine „rechtsfreundliche“ Stadt wäre. Er fügt hinzu, dass er mit dem Text der Resolution einverstanden sei.

Stadtrat Reich lässt wissen, dass er der Resolution nicht zustimmen könne, da im Text die „sexuelle Identität“ vor der „Religion“ stehe.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erkundigt sich bei Stadtrat Reich, ob er der Resolution zustimmen könne, wenn man erst die „Religion“ und dann die „sexuelle Identität“ aufführe.

Stadtrat Reich erklärt sich hiermit einverstanden.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker stellt mit Änderung des Textes allgemeine Zustimmung zu dem Tagesordnungspunkt fest.

- - -